

**II-3018 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1502/J

1981 -11- 16

A N F R A G E

der Abgeordneten STEINBAUER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Gebührenvorschreibung für Bürgerinitiativen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen soll mit Erlaß-Nr. 11 06 85 / 3 - IV / 11 / 81 vom 25. März 1981 eine Gebührenvorschreibung für Bürgerinitiativen erfolgt sein. Dem Vernehmen nach sollen diese Gebühren sogar sehr hoch veranschlagt worden sein.

Die unterfertigten Abgeordneten richten nunmehr an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Trifft dies tatsächlich zu?
2. Wenn ja, wie lautet der oben zitierte Erlaß?
3. Was war die Ursache für die Herausgabe dieses Erlasses?
4. Welcher Gebührenbetrag ist aufgrund dieses Erlasses eingegangen?
5. Besteht die Absicht, diesen Erlaß wieder zurückzuziehen oder zumindest die vorgeschriebenen Gebühren zu ermäßigen?
6. Wenn dies der Fall ist, wann werden welche Maßnahmen ergriffen?
7. Wenn dies nicht der Fall ist, was ist die Ursache Ihrer ablehnenden Haltung?